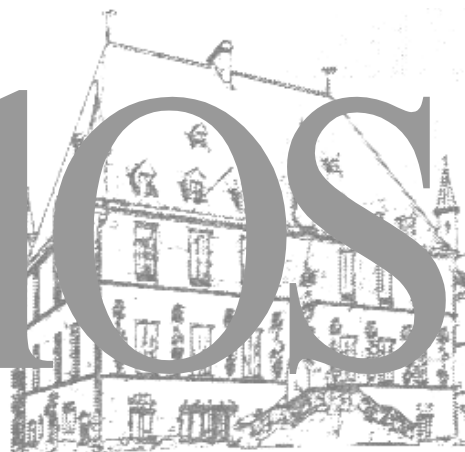


Marx ist tot ?



KarLOS

Oktober 2007



Zeitung der Deutschen Kommunistischen Partei - Osnabrück

Karmann-Fahrzeugbau:

Wie die Schafe zur Schlachtbank?

Am „schwarzen Montag“ kam die Katze aus dem Sack: Wegen der Produktionsausläufe des Chrysler-Crossfire und des Audi A4-Cabrio sollen bei Karmann in Osnabrück weitere 870 Beschäftigte (von noch gut 4000), in Rheine alle 900 Fahrzeugbau-Mitarbeiter (von insgesamt gut 1000 Beschäftigten) zum 1. Januar bzw. 1. November 2008 ihre Arbeit verlieren. In Rheine heißt das: Ende des Fahrzeugbaus – nur noch Einzelteil- und Gestängefertigung für Dachsysteme. Wenn Karmann bis zum 1. Juli 2008 keinen neuen Fahrzeug-Auftrag hat, folgt die Schließung des Rest-Fahrzeugbaus auch in Osnabrück: weitere 750 Entlassungen

Der tiefe Schock war am 1. Oktober 2007 allen Teilnehmern an den Informationsveranstaltungen der Geschäftsführung ins Gesicht geschrieben. Sie fühlten sich „wie Schafe, die zur Schlachtbank geführt werden“ – so ein Kollege in Osnabrück.



Billig-Sozialplan?!

Zur Angst um die Zukunft kommt nun die Wut darüber, wie billig man langjährige Mitarbeiter loswerden will: „Für den Sozialplan will die Geschäftsführung nicht einmal die Hälfte der letzten Aufwendungen bereitstellen, trotz deutlich mehr geplanter Entlassungen...“ (Betriebsratsinfo, 8. Oktober). Im Betrieb kursieren Zahlen: 48 Millionen Euro (aus dem Heywinkel-Verkauf?) habe die Firma für den Sozialplan vorgesehen – bei insgesamt 2520 Entlassungen also ca. 19.000 Euro pro Betroffenen – weniger als die Hälfte vom Niveau des letzten Sozialplans! Eine Transferge-

sellschaft soll es nur für die zum 1. Januar 2008 Entlassenen geben, nicht für die anderen. Altersteilzeit oder Vorruhestand wird als „zu teuer“ abgelehnt.

„Auch uns von der Geschäftsführung tut diese Situation leid. Seien Sie versichert, dass wir alles in unserem Rahmen stehende versuchen werden, die Betroffenen auf ihrem Wege zu begleiten“ – diese warmen Worte der Geschäftsführung in einem Brief an die Familien aller Mitarbeiter dürften angesichts dieser Zahlen und Fakten den Angeschriebenen wie Hohn in den Ohren klingen!

Kein Geld da?

Fakt ist: das Stammkapital der „Karmann GmbH“ ist nicht groß und wird durch die zu erwartenden Verluste schwer belastet. Fakt ist aber auch: Seit vielen Jahrzehnten wird ein wohl nicht zu kleiner Teil der Gewinne als „Mieten und Pachten“ an die „Karmann KG“ als Besitzerin der Grundstücke, Gebäude usw. überführt. Fakt ist weiterhin: die Familie Karmann dürfte zu den 100 bis 200 reichsten Familien Deutschlands zählen. Wer hat mit seiner Arbeit diesen Reichtum angehäuft?

Fortsetzung auf Seite 2

Vertrauensleute-Vollversammlung

Liebe Kolleginnen und Kollegen, am kommenden **Sonntag, 14. Oktober 2007**, findet eine Vertrauensleute-Vollversammlung statt – eine Gelegenheit für alle Beschäftigten, sich einzubringen! Besprecht Euch im Vorfeld mit Euren Vertrauensleuten und Betriebsräten:

- Was müssen die Forderungen der Belegschaft sein?
- Welche Aktionen müssen wir vorbereiten?

Fortsetzung von Seite 1
Ohne Druck kein Ruck!

„Auf Euch kommt jetzt ‘ne Menge Arbeit zu“ – so ein Kollege zu einem Betriebsrat. Aber: selbst die beste Betriebsratsarbeit würde nicht reichen, um diesen Angriff zurückzuschlagen.

Die Beschäftigten im Fahrzeugbau sind im Durchschnitt um die 45 Jahre alt – zu jung für die Rente, (oft) zu „alt“ für einen neuen Job. Die meisten haben zumindest das 25-jährige Jubiläum hinter oder kurz vor sich. Doch jetzt will Karmann sie mit einer „Billig-Abfindung“ auf die Straße werfen. Ein Teil des von ihnen in Jahrzehnten harter Arbeit geschaffenen Reichtums muss dazu dienen, dass alle Entlassenen wenigstens einige Zeit lang über die Runden kommen und die Älteren die Zeit bis zur Rente überbrücken können! Doch dafür werden wir uns wehren müssen.

Und: ohne kräftige Bewegung der Belegschaft wird es auch kaum gelingen, „die Politik“ zum Eingreifen für ein neues Modell und damit für die Jobs bei Karmann zu bewegen. Bislang hat jedenfalls Christian Wulff die Erwartungen der Karmänner und –frauen deutlich enttäuscht. Sehr viel mehr Druck als bisher scheint nötig zu sein, damit „die Landesvertreter im Aufsichtsrat von VW wirklich stärker für niedersächsische Interessen kämpfen, wenn die Porsche-Vertreter dort allein ihr Konzerninteresse verfolgen“, wie es Kommentator Norbert Meyer in der sonst weder gegenüber Konzernen noch gegenüber der CDU allzu kritischen „Neuen Osnabrücker Zeitung“ am 2. Oktober 2007 fordert.

Die Betroffenen müssen entscheiden!

Die Beschäftigten haben vor Monaten schon einmal die „Wertschätzung“ ihrer Arbeit durch die Geschäftsführung erfahren: bei der ERA-Eingruppierung. Bei der „Information beim Betriebsrat“ am 2. und 3. April 2007 haben sie aber auch erfahren, wie stark sie sind, wenn sie zusammenstehen.

Im letzten Jahr hat der Betriebsrat die Sozialpläne beschlossen, ohne der Belegschaft die Möglichkeit zur Entscheidung einzuräumen. Dies darf nicht wieder passieren. Es ist unsere Zukunft – daher müssen wir alle über Forderungen, Verhandlungsergebnisse und Gegenmaßnahmen mitentscheiden können!

Heute Fahrzeugbau – morgen...?

Auch in sogenannten „Fixkostenbereichen“ plant die Geschäftsführung weitere Entlassungen – dabei zahlen deren Mitarbeiter seit dem letzten Sozialplan „Schutzgeld“ und verzichten auf sieben Prozent (AT-Angestellte neun Prozent) ihres Entgelts, „um ihre Arbeitsplätze zu sichern“...

Die Kollegen im **Presswerk** waren beim Lohnverzicht mit betroffen als „Fix“-Bereich, bei den Entlassungen sollen sie jetzt als „Prop“- (proportional stückzahlabhängiger Produktions-) Bereich wieder mit dabei sein – wie es gerade passt...

Und was ist mit Harbigs Aussage, „dass wir in unseren anderen drei Säulen, also in der Technischen Entwicklung, im Werkzeugbau und in den Dachsystemen gut unterwegs sind“ (NOZ, 7. Sept. 2007)?

Der **Betriebsmittelbau** (Werkzeugbau, Produktionssysteme) war schon vor vier Jahren von Schließung bedroht. 120 KollegInnen verloren dort Ende 2004 ihren Job - die erste der Entlassungswellen von bis jetzt 2000 ehemaligen Karmann-Beschäftigten. Seitdem zahlen auch die 400 noch dort Arbeitenden „Schutzgeld“ an die Familien Karmann, Boll und Battenfeld, um weiter für diese Herrschaften arbeiten zu dürfen: Jede Woche dreieinhalb Stunden Arbeit ohne Entgelt plus 4,9 Prozent Lohn- oder Gehaltsverzicht, insgesamt also 14,9 Prozent. Dennoch wurde Ende 2006 wieder mit Schließung gedroht - trotz guter Auslastung und steigender Produktivität. Nächster Schließungskandidat?

In der **Technischen Entwicklung** wurde verkündet, sie sei vom geplanten Stellenabbau nicht betroffen. Viele der

dort Beschäftigten sind sehr sorglos: sie stehen bei Aktionen vornehm abseits und organisieren sich nicht einmal in der IG Metall. Doch die Geschäftsführung erwartet, dass jeder einzelne Geschäftsbereich eigenständig Gewinne erwirtschaftet - da sollten auch die TE-Beschäftigten sich nicht zu sehr in Sicherheit wiegen. Was wird aus ihnen, wenn der Fahrzeugbau stirbt?

Der Bereich **Dachsysteme** ist laut GF besonders „gut unterwegs“: „Karmann erwartet..., dass die Produktion der Dachsysteme bis 2011 verdoppelt werden kann“ (ON. 2. Oktober 2007). Doch auch dort erfuhren die Beschäftigten am 8. Oktober, dass 112 von ihnen gehen sollen – 41 zum 1. Januar, der Rest zum 1. November 2008. Engineering in Osnabrück und Produktion weltweit, das könnte in Zukunft heißen: viele Euros für den Westerberg – wenig Jobs für den Fledder...

Fazit: es geht jetzt um mehr als um den Fahrzeugbau - es geht um die Bedingungen vielleicht noch kommender Sozialpläne, um die Arbeitsbedingungen der Rest-Belegschaft, um die Zukunft aller Bereiche. Darum:

„Wer im Stich lässt seinesgleichen, lässt ja nur sich selbst im Stich!“
(Bertolt Brecht)

Vor drei Jahren:

Opel Streik

Am 14. Oktober 2004 begann der Streik der Opel-Belegschaft in Bochum um ihre Arbeitsplätze. Die Opel-KollegInnen erreichten damit nicht nur einen nur scheinbarweisen Abbau ohne größere direkte Entlassungen und vergleichsweise sehr hohe Abfindungen – Opel-Bochum produziert immer noch und hat gerade im Wettbewerb zwischen verschiedenen Werken (u.a. Antwerpen) den Zuschlag für den neuen Delta-Auftrag bekommen. Auch wenn es zwischen Karmann und Opel viele Unterschiede gibt, zeigt das Beispiel doch: Aktionen lohnen!



Was hat Wulff für Karmann-Jobs getan?

„Wulff will den Karmännern Jobs vermitteln“, titelte die „Neue OZ“ am 17.02.2006. Karmann war in Not – als „Retter“ nahte Niedersachsens Ministerpräsident Christian Wulff. Sein Versprechen in der Betriebsversammlung, er wolle „Gespräche mit Audi, Porsche und Volkswagen führen, um die Auftragslage bei Karmann zu verbessern“, kam gut an bei Karmann-Beschäftigten – ebenso wie seine Kritik am Verzicht des VW-Vorstandes auf einen Golf-Cabrio-Nachfolger, sein Lob der Mitbestimmung oder später sein Besuch der Mahnwache.

Heute aber steht noch drängender als vor einem Jahr die Forderung: „Der Christian Wulff, der soll was machen!“ – so Charly Trabelsi, uns allen gut bekannt, in der NOZ vom 2. 10. 2007.

VW-Gesetz und Landeseinfluss

Als am 21. Juli 1960 die Volkswagen GmbH umgewandelt wurde in eine Aktiengesellschaft, trat auch das VW Gesetz in Kraft. 60% des Gesellschaftskapitals wurden verkauft, 40% blieben bei Bund und des Land. Nach dem VW-Gesetz kann kein Aktionär mehr als 20% der Stimmrechte ausüben, egal, wie viel Aktienanteile er besitzt. Zudem durften Bund und Land jeweils zwei Mitglieder in den Aufsichtsrat entsenden, unabhängig von ihren Aktienanteilen. Diese besondere Regelung war ein Stück Wiedergutmachung von Nazi-Verbrechen gegenüber den Arbeitern und ihren Gewerkschaften: Am 2. Mai 1933 wurden die Gewerkschaften zerschlagen. Von ihrem gestohlenen Vermögen wurde unter anderem das „KdF-Werk“ zur Herstellung des „Volkswagens“ gebaut. Bis 1945 stellte dieses allerdings vor allem Kübelwagen her, die deutsche Arbeiter nicht in den Urlaub, sondern an die Fronten des Zweiten Weltkrieges bis nach Stalingrad brachten...



Die Bestimmer; Piëch und Wiedeking

Der Bund verzichtet schon längst auf seine zwei Plätze, da er seine Anteile verkauft hat. Das Land besetzt immer noch 2 Aufsichtsratsplätze - diese entsprechen auch seinem Besitzanteil von 20,8 %.

Wahrscheinlich wird das VW Gesetz noch in diesem Jahr vom Europäischen Gerichtshof gekippt und damit der besondere Einfluss des Landes auf VW weiter geschwächt.

Wofür nutzt Wulff seinen Einfluss?

Unterstellen wir mal, dass sich Christian Wulff bei VW um Arbeitsplätze für Karmann bemüht hat – möglicherweise in Gesprächen, denen Öffentlichkeit nur schaden würde -, so war er damit bisher allerdings erfolglos.

Erfolgreicher war er bei einem anderen Ziel, für das er den Landeseinfluss genutzt - oder auch „missbraucht“ hat:

„Ministerpräsident Christian Wulff hat sich nach den ersten Sanierungsgesprächen bei VW für Mehrarbeit ohne Lohnausgleich ausgesprochen.“ (NOZ, 14. 06.2006). Es dürfte klar sein: wenn die inländischen VW-Werke ihre Arbeitszeit erhöhen, steigert das deren „Probleme, ihr eigenes Personal auszulasten“ (N. Meyer, NOZ, 2. 10.2007) – mit den bekannten Negativfolgen für uns bei Karmann.



Wulff auf der Flucht vor streikenden ver.di-Kollegen

Porsche - neues Schwergewicht bei VW

Inzwischen ist Porsche mit 29,9% der Aktienanteile der größte Anteilseigner von VW noch vor dem Land Niedersachsen. Die „neue Allianz der Großaktionäre bei VW“ (NOZ, 14.02.2007) wurde von manchen gefeiert als Schutz vor „feindlichen Übernahmen“ durch große ausländische Investoren, von manchen „Heuschrecken“ genannt. Doch auch alteingesessene deutsche Kapitalisten wie bei Porsche wollen vor allem ihre Renditen erhöhen - auf Kosten der Beschäftigten. Da ist es nur konsequent, wenn auch Porsche-Chef Wiedeking mobil macht gegen VW-Gesetz und erweiterte Mitbestimmung bei VW.

Zweifelsohne war auch das Land Niedersachsen daran interessiert, mit seinen Aktien Geld zu verdienen - doch hatte das Land auch noch ein Interesse, Arbeitsplätze in Niedersachsen zu halten. Porsche hat dieses Interesse nicht.

Porsche gegen Karmann?

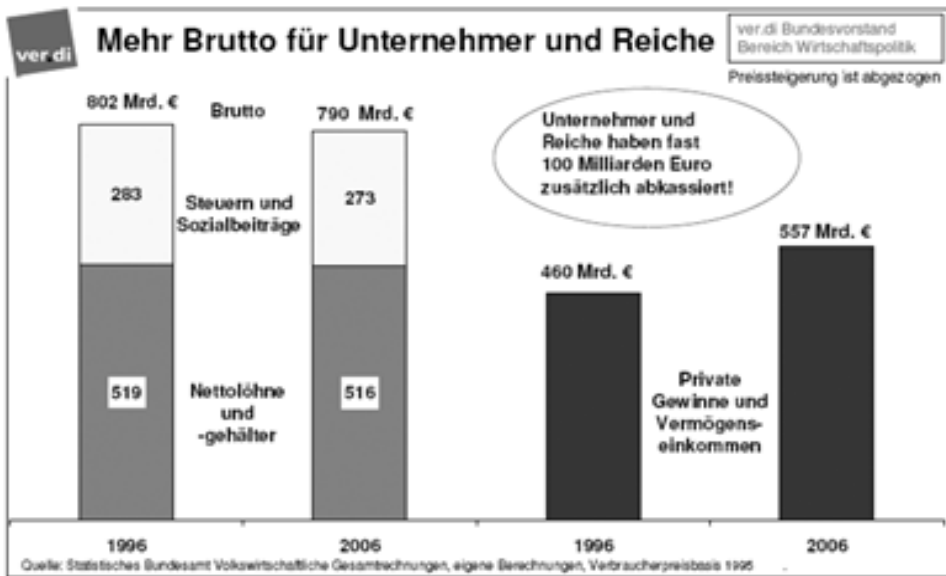
Am 17. September 2007 berichtete der „Spiegel“, dass „im VW-Aufsichtsrat(...) über ein Hilfsprojekt für den notleidenden Karosseriebauer Karmann in Osnabrück diskutiert wurde: Volkswagen könne ein Sondermodell bei Karmann bauen lassen und dort die Arbeitsplätze sichern.(...) Nun aber blockierten die beiden Porsche-Vertreter...“

Wie es scheint, war Christian Wulff bisher nicht in der Lage, in diesem Konflikt die Interessen unserer Region zur Geltung zu bringen. Es ist an der Zeit, dass die Karmann-Beschäftigten und Menschen in der Region nicht mehr auf Wulff und seinesgleichen bauen, sondern auf ihre eigene Kraft vertrauen...

Kapitale Sprüche

„Ein Cabrio stand alle paar Jahre wieder auf der Agenda... Aber dann haben sich die jeweiligen Vertreter des Landes Niedersachsen, ganz gleich, welcher Partei sie angehören, dafür stark gemacht, dieses Modell beim Zulieferer Karmann in Osnabrück bauen zu lassen. Der kann einen solchen Auftrag gut gebrauchen, um seine Arbeitsplätze zu sichern. Das wäre ein Beschäftigungsauto geworden, aber keines, das die geforderte Rendite einfährt. Deshalb haben wir dann lieber andere Modelle entwickelt.“

(Piëch, Der Spiegel 30/2005)



Der Brutto-Skandal!

Seit Jahren haben wir keinen Zuwachs im Geldbeutel. Jetzt ist es amtlich: Netto und die Preissteigerung abgezogen haben wir sogar weniger als vor zehn Jahren. Je Beschäftigten nur noch 1.320 Euro gegenüber 1.367 Euro 1996.

Seither ist der jährlich zu verteilende Reichtum um 85 Milliarden Euro gestiegen. Wo ist er geblieben? Hat der Staat uns geschröpft? Nein! Er hat sogar weniger Steuern und Sozialabgaben einkassiert als 1996.

Wir haben keinen Netto-Skandal. Sondern einen Brutto-Skandal! Kassiert haben Unternehmer und Reiche. Sie haben den gesamten Zuwachs der vergangenen zehn Jahre in die eigene Tasche gesteckt. Und zusätzlich zu den 85 Mil-

liarden Euro auch noch zwölf Milliarden Euro von uns einkassiert. Ein Plus von fast einhundert Milliarden Euro! Jetzt organisieren die Unternehmer einen erneuten Angriff auf den Sozialstaat: „Steuern und Sozialabgaben runter“ – fordern arbeitgebernahe Ökonomen lautstark in Tateinheit mit der Bild-Zeitung.

„Steuern und Sozialabgaben runter“ bedeutet aber: weniger Geld für unsere Gesundheit, für Erwerbslose, Rentnerinnen und Rentner. Weniger öffentliche Ausgaben für Bildung, Kinderbetreuung und eine bessere Umwelt.

Unser Rezept: „Löhne rauf“ für alle und einen gesetzlichen Mindestlohn jetzt!

Aus einem Flugblatt der wirtschaftspolitischen Abteilung von ver.di

5 € in Beck's Phrasenschwein

Der SPD-Vorsitzende versucht sich auf unbekanntem Terrain. Weder Rente mit 70, Mehrwertsteuer auf 22 Prozent oder Kürzung der Unternehmenssteuern. Nichts von alledem, was einem bei der SPD so einfallen würde. Nein - Kurt Beck möchte plötzlich den Sozialreformer geben. Die SPD dürfe nicht „kalt-herzig auftreten“. Ein heikler Rollentausch bei dem schon mancher Schauspieler auf die Nase gefallen ist. Und um die neue Warmherzigkeit der SPD unter Beweis zu stellen, hat Beck die Bezugsdauer des ALG I in die Debatte gebracht. Sein Generalsekretär Hubertus Heil kündigte sogar an, man werde für den Bundesparteitag Ende Oktober einen „respektablen Vorschlag“ des DGB prüfen.....

Ob mit diesem sozialen Tarnanstrich das angesammelte Sturmgeschütz des Neoliberalismus in neuem Wählerglanz erstrahlt, bleibt fraglich. Denn mit Kosmetik ist der sozialen und gesellschaftlichen Demontage nicht beizukommen. Die Einlassung von Heil, es gehe darum, den auf Grundlage der Agenda erreichten Aufschwung nicht an den Menschen vorbeiziehen zu lassen, ist ein Widerspruch in sich. Man kann nicht beides haben. Agenda und soziale Sicherheit.

Aus der UZ vom 5. August 2007



www.unsere-zeit.de
UZ - Zeitung der DKP

Abo & Informatio
CommPress Verlag,
Hoffnungstr. 18, 45127 Essen
Tel: 0201 24 86 482
E-Mail: UZAbo@t-online.de

Unser Wertpapier
kommunistisch - informativ - wertvoll

Name: _____
Vorname: _____
Straße: _____
PLZ/Ort: _____